

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Verkaufsstellen:
 Hauptvertrieb: L. W. B. B.
 Buchbinder-Verband, Berlin
 Hauptvertrieb: L. W. B. B.
 Buchbinder-Verband, Berlin

Einzelnummern:
 Die in der Zeitschrift enthaltenen
 für den Buchbinder-Verband
 sind für den Buchbinder-Verband
 sind für den Buchbinder-Verband

Nr. 25.

Berlin, den 15. Juni 1919.

85. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 25. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Von der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress, die in der Zeit vom 30. Mai bis 2. Juni durch Urabstimmung vorzunehmen war, liegt uns bis zum Abschluß dieser Nummer aus 117 Gauen und Zahlstellen das Ergebnis vor. Danach haben sich 23 346 Mitglieder an der Wahl beteiligt, von denen 22 521 gültige und 825 ungültige Stimmzettel abgegeben wurden. Die Ergebnisse der Abstimmung in den einzelnen Orten sind aus der in den umstehenden Tabellen gegebenen Zusammenfassung ersichtlich.

Von den zur Wahl gestandenen 27 Kandidaten haben Stimmen erhalten:

1. Küster, Friedrich, in Hamburg . . .	13 040
2. Pfäfer, Emil, in Chemnitz . . .	12 507
3. Brückner, Eugen, in Berlin . . .	12 254
4. Wienke, Otto, in Leipzig . . .	12 027
5. Hemminger, Karl, in Stuttgart . . .	11 027
6. Brück, Viktor, in Breslau . . .	10 775
7. Lange, Heinrich, in Dresden . . .	7 935
8. Kornacker, Heinrich, in Hannover . . .	7 690
9. Weinländer, Friedrich, in Nürnberg . . .	7 813
10. Gabel, Otto, in Berlin . . .	5 641
11. Groenhoff, Bernhard, in Elberfeld . . .	5 409
12. Kraus, Peter, in Berlin . . .	5 366
13. Thiel, Berta, in Leipzig . . .	5 256
14. Thalheim, Karl, in Leipzig . . .	4 808
15. Dübde, Paul, in Berlin . . .	4 762
16. Ernst, Artur, in Düsseldorf . . .	4 559
17. Gelske, Karl, in Leipzig . . .	4 452
18. Wachner, Wilhelm, in Leipzig . . .	4 134
19. Kröppin, Lucie, in Berlin . . .	4 007
20. Scholz, Willi, in Berlin . . .	3 896
21. Bergmann, Hugo, in Leipzig . . .	3 692
22. Metz, Heinrich, in Frankfurt a. M. . .	2 507
23. Herzog, Paul, in Berlin . . .	1 851
24. Schmidt, August, in Hanau . . .	1 847
25. Marcuse, Felix, in Berlin . . .	1 820
26. Demser, Hugo, in Berlin . . .	1 242
27. Leipnitz, Paul, in Limbach . . .	1 081

Entsprechend unserer Bekanntmachung in den Nummern 18 und 21 der „Buchbinder-Zeitung“ sind acht Delegierte von den Mitgliedern zu wählen. Es sind daher die ersten acht mit den höchsten Stimmzahlen aus der Wahl hervorgegangenen Kandidaten als gewählt zu betrachten.

Aus Albed ist uns ein Protest gegen die dort vorgenommene Wahl zugegangen, den wir als berechtigt anerkennen mußten. Wir haben deshalb die Verwaltung der dortigen Zahlstelle aufgefordert, eine Neuwahl vornehmen zu lassen,

die dann auch erfolgt ist und deren Resultat auch in dem Gesamtergebnis noch mitberücksichtigt werden konnte.

Die Verwaltungen der Zahlstellen in Brandenburg, Bromberg, Posen, Oldenburg, Eisenach, Aachen, Bochum, Krefeld, M.-Gladbach, Remscheid, Saarbrücken, Wiesbaden, Grimma, Freiburg i. Br., Heilbronn, Konstanz, Trossingen, Gau 16, Gau 17 und München haben bis zum 11. Juni über das Ergebnis der Wahl noch nicht berichtet. Da auf Grund unserer Bekanntmachung in Nr. 18 der „Buchbinder-Zeitung“ die Einfindung des Wahlergebnisses an den Verbandsvorstand spätestens bis zum 5. Juni geschehen sein sollte, können wir die nach dem am 11. Juni erfolgten Abschluß der Zusammenstellung eventuell noch verspätet eingehenden Berichte nicht mehr berücksichtigen. Es sind daher die nach dieser Zusammenstellung mit den höchsten Stimmzahlen aus der Wahl hervorgegangenen acht Kandidaten als gewählte Delegierte unseres Verbandes für den Gewerkschaftskongress zu betrachten.

2. Die Lokalbeiträge sind mit unserer Zustimmung in folgenden Orten neu geregelt und betragen für die Folge in

	Männl. Mitgl. pro Woche	Weibl. Mitgl. pro Woche
Summersbach		
Münderoth	10 Pf.	5 Pf.
Konstanz	10 „	5 „
Wesel	10 „	5 „
Wurzen	10 „	10 „

Der Verbandsvorstand.

Der Schiedspruch

Über unsern Antrag auf Erhöhung der Teuerungszulagen für die Kollegenschaft der Tariffstädte wurde am 4. Juni in Berlin gefaßt. Die Verhandlungen waren von einer bemerkenswerten Schärfe, die hervorgerufen wurde von dem Syndikus der Arbeitgeber, Herrn Dr. Schiller aus Leipzig. Die Sitzung wurde eingeleitet mit einem allseitig überraschenden Vorstoß desselben, indem er die Rechtmäßigkeit des Schiedsgerichts angezweifelte. Er begehrte zu wissen, ob das Schiedsgericht an sich kompetent zur Entscheidung über die vorliegende Streitfrage und auf Grund welcher Verordnung die Vorladung der Parteien erfolgt sei. Da die Frage der Teuerungszulagen für die Arbeitgeber von prinzipieller Bedeutung sei, müsse die Rechtmäßigkeit des Schiedsgerichts genauestens geprüft werden. Das machte sich auch deshalb besonders notwendig, weil sich der Buchhandel aufs schärfste gegen jede weitere Erhöhung der Preise wende und diese auf keinen Fall auf sich nehmen wolle. Die Arbeitgeber müßten sich darum auf die Rechtmäßigkeit des Schiedsgerichts und auf die dieser zugrunde liegenden Verordnung stützen können. Nach seiner Meinung biete die „Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918“ keine Handhabe dafür. Außerdem bestimme der Tarif selbst, daß Meinungs-

verschiedenheiten nur durch die Tarifinstanzen geregelt werden können, und ferner, daß Änderungen des Tarifs nicht zulässig sind. Tarife hätte keinen Wert, wenn ihre Bestimmungen nicht eingehalten werden. Die Arbeitgeber seien zu der Verhandlung nur erschienen, um sich nicht den Anordnungen des Reichsarbeitsministeriums ungehorjam gegenüberzustellen. Die Behörde, die zur Fällung eines Schiedspruchs zusammen gekommen sei, halten sie nicht für zuständig.

Zum Namen der Arbeitnehmer trat der Verbandsvorsitzende Klott diesen juristischen Einwendungen entgegen. Man dürfe sich für die Folge auf tagelange Verhandlungen einrichten, wenn sich die Arbeiterschaft gleichfalls einen Juristen als Rechtsbeistand annehmen würde. Die juristischen Querspalterereien würden in diesem Falle unabsehbar werden. Entgegen den Anschauungen ihres Rechtsbeistandes haben die Arbeitgeber die Notwendigkeit von Teuerungszulagen längst anerkannt, ohne sich bei der Bewilligung solcher auf eine Unabänderlichkeit des Tarifs zu berufen. Das müsse auch diesmal geschehen. Ueber Teuerungszulagen haben nicht die tariflichen Instanzen, Tariffchiedsgerichte oder Tarifamt, sondern die gemeinsame Sitzung der Vertreter der beiderseitigen Organisationen zu entscheiden. Im vorliegenden Falle sei eine Einigung nicht erzielt worden, deshalb haben die Vertreter der Arbeiterschaft das Reichsarbeitsministerium auf Grund der Verordnung vom 23. Dezember 1918 zur Schlichtung der Streitsache vollständig zu Recht angerufen.

Der unparteiische Vorsitzende des Schiedsgerichts, Herr Landgerichtsrat Dr. Wulf, erklärte ebenfalls kurz und bündig, daß das Schiedsgericht über seine Kompetenz selbst entscheide. Außerdem läge die rechtliche Seite der Sache äußerst einfach: Die Arbeitnehmer haben neue Teuerungszulagenforderungen gestellt, die Unternehmer haben diese abgelehnt. Dadurch sind Lohnstreitigkeiten entstanden resp. ist der Begriff als solche gegeben und auf Grund des § 20 Abs. 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 ist dann auf Verlangen einer der beteiligten Parteien das Schiedsgericht zusammengerufen worden. Im Tarif heiße es, daß nur Differenzen und Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Tarifs den Tarifinstanzen zur Regelung übertragen werden. Mit einer Auslegung des Tarifs habe der jetzige Streitfall jedoch nichts zu tun. In den gegenwärtigen abnormen Zeiten kann nicht klar an den Bestimmungen des Tarifs festgehalten werden, sonst müßte die Arbeiterschaft dabei verhungern. Das dies geschieht, werden auch die Arbeitgeber nicht wollen.

Weiteren Ausführungen des Syndikus des Unternehmers, in denen er wiederholt dem Schiedsgericht die Rechtmäßigkeit zu bestreiten versuchte, wurden durch Eintritt in die Verhandlungen selbst begegnet. Klott begründete unsere Forderungen, die eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen für Arbeiter um 20 Pf. pro Woche, für Arbeiterinnen um 15 Pf. pro Woche und für Arbeiterinnen unter 18 Jahren und für ungeübte Arbeiterinnen über 18 Jahren im ersten Jahr der Berufstätigkeit um 10 Pf. pro Woche rückwirkend vom 5. Mai ab zum Ziele hatten. Er verwies darauf, daß die anhaltende Verschärfung der Teuerung eine allen sehr fühlbare sei. Mit den rationierten Lebensmitteln vermöchte kein Mensch auszukommen, alle seien auf die teuren Schleichhandelswaren angewiesen. Was dafür auf

geber „zur Abwehr übertriebener Lohn- und Gehaltsforderungen“ entgegenstellen zu können. Die enormen Preiserhöhungen mühten zu einer Beschränkung der Bücherproduktion und zum Eingehen zahlreicher Zeitschriften führen. Der Verlagsbuchhandel wolle lieber vorübergehend Opfer zur Abwehr bringen. Herr Nummel bewies weiter darauf, daß eine Anzahl größerer Verleger einen wesentlichen Teil ihrer Arbeiten im Ausland drucken und binden lassen, angeblich, weil dies billiger sei, als wenn der deutsche Arbeiter diese Arbeiten verrichte. Er konnte dem Schiedsgericht eine ganze Anzahl Werke vorlegen, die im Ausland (Schweiz, Holland und Dänemark) gedruckt und gebunden sind. Da die Buchbindereien vollständig vom Buchhandel abhängen, sei die Gefahr der Arbeitsabwanderung sehr groß und schon jetzt mache sich in den Betrieben ein Nachlassen der Aufträge bemerkbar. Der Gedanke des Reichstaxtarifs werde auch bei den Unternehmern immer mehr propagiert, aber da mühten die Löhne in den Provinzstädten noch wesentlich steigen, wenn nicht die Konturenabhängigkeit der Tarifstädte unterbunden werden solle. Auch die 48stündige Arbeitszeit müsse ihnen zugestanden werden, solange sie nicht im Beruf im allgemeinen auf 48 Stunden festgesetzt sei. Zulagen auf Zeillöhne zu geben, lehnen sie ab, die Affordarbeiten sollen mit einem Zuschlag bedacht werden, über dessen Höhe man reden könne.

Herr Dr. Schiller betonte, daß die Buchdrucker zu Unrecht als Vorbild für die Entlohnung genommen werden. Wenn sie seitler auf dem Standpunkt standen, daß der Buchbinder nicht schlechter gestellt sein solle als der Drucker, dann werden sie von heute ab sich aufs schärfste gegen diesen Standpunkt wenden. Die Verhältnisse seien dort ganz andere als in den Buchbindereien, die — weil Lohnarbeiter — die Erhöhungen nicht so leicht abwägen können als jene, bei denen in erster Linie der Zeitungsdruck in Frage komme. Feste Teuerungszulagen auf Zeillöhne sei ein falsches Beginnen. Dadurch würde nicht der bezahlt, der arbeite, sondern der, der nicht arbeite. Deshalb wöhlen die Unternehmer die Affordgrundlöhne etwas erhöhen, sie mühten aber erneute Teuerungszulagen für Zeillohnarbeiter ablehnen. Herr Wöhlen erkannte an, daß ein Abbau der Löhne notwendig werde, daß aber dabei nicht ein einzelner Beruf vorzugehen könnte. Das mühte dann allgemein geschehen. Auf diesen Standpunkt haben die Unternehmer gefunden, wie die Annahme des letzten Schiedspruches beweise. Jetzt aber sei die Stunde gekommen, in der sie nicht mehr weiter so mitmachen könnten. Die Differenzen zwischen den einzelnen Tarifstädten selbst seien auch noch zu groß, sie betragen zum Teil 55 Proz. zwischen Berlin und Leipzig. Die Berliner Betriebe würden damit langsam erdroffelt. Der Affordarbeiter solle eine Erhöhung seiner Affordgrundpositionen erhalten, die Zeillohnarbeiter können nicht auf eine Erhöhung der Teuerungszulage rechnen.

Alle diese Einwendungen der Unternehmer wurden von den Vertretern der Arbeiterschaft in entsprechender Weise zurückgewiesen und vor allem das Verhalten des Verlagsbuchhandels in gebührender Weise kritisiert. Auf diese Seite der Sache werden wir in unserer nächsten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ in einer besonderen Abhandlung näher eingehen. Nach weiterem Für und Wider der beiden Parteien zog sich das Schiedsgericht zu einer besonderen Beratung zurück und es fällt nach zweistündiger Pause einen Schiedspruch, der für Arbeiter eine Erhöhung der Teuerungszulage um 14 Mk. pro Woche, für Arbeiterinnen um 10 Mk. für Arbeiterinnen unter 10 Jahren und für Arbeiterinnen über 10 Jahre im ersten Jahr der Berufstätigkeit 7,50 Mk. pro Woche bringt. Diese Erhöhung tritt am 1. Juni in Kraft. In Anbetracht der Sachlage empfahl das Schiedsgericht den Parteien dringend, baldigst in eine anderweitige Regelung der Entlohnung für Affordarbeit einzutreten. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts erklärte, daß sich das Gericht einer schwierigen Situation gegenübergesehen habe. Er glaube durch seinen Spruch allen Interessen gebiert zu haben, die die denkbar gegensätzlichen gewesen seien. Den Parteien bleibt eine Frist von 8 Tagen, innerhalb der sie sich für Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs entscheiden können.

Schiedspruch.

Das zur Schlichtung der Lohnstreitigkeiten im Buchbindergewerbe beim Reichsarbeitsministerium zusammengetretene Schiedsgericht hat in der Sitzung im Restaurant „Abingold“ am 4. Juni 1919, an welcher teilgenommen haben:

- Wulff, Landgerichtsrat im Reichsarbeitsministerium — als Vorsitzender,
- Schulz, Magistratsrat, Berlin,
- Ritter, Gewerkschaftssekretär, Berlin,
- S. Maack, Gewerkschaftssekretär, Berlin,
- Dr. Fingerling, Stadtammann, Leipzig,
- Siegmund, Geh. Hofrat, Berlin,
- Köhler, Generalsekretär, Leipzig,
- als Beisitzer

folgenden Schiedspruch abgegeben:

Als neue Teuerungszulagen sind sowohl bei Afford- als auch bei Zeitarbeit vom 1. Juni 1919 ab wöchentlich zu zahlen:

- den männlichen Arbeitern 14 Mark
- den Arbeiterinnen 10 Mark
- den unter a und b des Tarifvertrages fallenden 7½ Mark

Den Tarifparteien wird dringend empfohlen, nunmehr an eine anderweitige Regelung der Affordlöhne heranzugehen.

Die obigen Teuerungszulagen gelten bis zur anderweitigen Regelung durch Tarifvereinbarung.

Berlin, den 4. Juni 1919.

- | | |
|--------------------|----------------|
| gez. Franz Köhler, | gez. Schulz, |
| gez. Siegmund, | gez. Ritter, |
| gez. Fingerling, | gez. S. Maack, |
| | gez. Wulff. |

Notwendige Aufgaben des Verbandstages.

Auch an unserem Verband darf die Umwälzung nicht spurlos vorbeigehen. Es ist dies im Interesse der gesamten Kollegenchaft gelegen. Sein innerer und äußerer Aufbau muß angesichts des gewaltigen Ausstroms von Mitgliedern und um mehr Einfluß zu gewinnen, verbessert werden. Eine wichtige Verbesserung sehe ich besonders darin, daß auch die Mitglieder der kleineren Städte, der sog. Provinz, mehr Einfluß auf die Leitung des Verbandes bekommen. Nach den bisherigen Bestimmungen unseres Statuts ist das leider nicht genügend der Fall. Die Urabstimmung, die dies mehr ermöglichen würde, wird sehr selten angewandt. Die einzige Möglichkeit bietet noch der Verbandstag. Jedoch stellt sich das Verhältnis der Delegiertenzahl stark zugunsten der Provinzmitglieder, wenn man bedenkt, daß bei 104 Delegierten allein auf die Städte Berlin und Leipzig 41 Vertreter kommen. Mit einer kleinen Zahl von Stimmen anderer Großstädte können also die Provinzkollegen mundtot gemacht werden. Der § 89 des Statuts schreibt vor, daß auf je 400 Mitglieder ein Delegierter gewählt werden kann. Für die großen Städte könnte diese Zahl auf das Doppelte festgesetzt werden, diese hätten trotzdem noch eine stattliche Anzahl von Vertretern zum Verbandstag. Dieser Vorschlag wäre auch von Vorteil für unsere durch den Verbandstag stark in Anspruch genommene Verbandskasse. Es ist daher dringende Pflicht des Verbandstages, den § 89 bzw. den Wahlmodus so zu ändern, daß erstens die Provinz mehr Rechte durch eine höhere Vertreterzahl erhält und zweitens die Zahl der Delegierten zum Verbandstag überhaupt eingeschränkt wird, um unnötige Kosten zu vermeiden und die Arbeit nicht zu erschweren.

Die nächstwichtigste Angelegenheit ist die Frage: Soll Berlin Verbandsführer bleiben? Nach der bevorstehenden Grenzänderung im Osten und der künftigen Verkehrserschwerungen ist es ohne Zweifel, daß der Gesamtmitgliedschaft durch eine Sitzverlegung in eine Stadt Mitteldeutschlands mehr gedient ist, als wenn der Sitz in Berlin bleibt. Vorurteilsfreie Prüfung wird zu dem Schluß kommen müssen, daß es für den Gesamtverband von großem Nutzen wäre, wenn der Verbandsvorstand durch öftere Informationsreisen und Fußballspiele mit den einzelnen Hauptstellen für die innere Kraft der Organisation mehr keifen würde als durch einseitigen Bürokratismus. Berlin mit seiner großen Mit-

gliederzahl und keinem eigenen Verbandsbureau hat doch wohl nicht nötig, an dem Sitz des Verbandsvorstandes festzuhalten. Auch die hohen Ausgaben für Miete, Heizung und sonstige Berliner Mehrkosten wird manchen veranlassen, sich zu meinem Vorschlag zu bekennen, denn die Ersparnisse wären für die Verbandskasse bedeutend. Die höchste Pflicht muß auch hier sein: Die Interessen des Gesamtverbandes vor allem.

Weiter wäre unsere berattete, für die heutige Zeit nicht mehr genügende Gaueninteilung zu ändern. Die Gauen sind zu verfeinern, möglichst nach bestehenden Landesverteilungen einzuteilen und nach diesen zu benennen. z. B. Gau Württemberg, Gau Baden, Gau Oberbayern usw. Für jedermann, auch für außenstehende, wäre dies viel verständlicher als wie die Nummerierung. Diese hätte fernerhin keinen Zweck mehr.

Unsere Lehrlinge, den künftigen Mitgliedern unseres Verbandes, muß von dem Verband mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden. Die Regelung des Lehrlingswesens liegt trotz Handwerkskammern und sonstiger berufener Korporationen noch sehr im argen. Hier muß mit eisernem Wesen durchgegriffen werden. Wie mancher arbeitslose Kriegsteilnehmer könnte untergebracht werden, wenn in den einzelnen Betrieben die Lehrlingszahl nicht so sehr eingeschränkt wäre. Es ist meines Erachtens durchaus notwendig, daß von uns eine Kontrolle des Lehrlingswesens durchgeführt wird. Ein Buchbinderlehrling sollte nicht eingestellt werden dürfen, ehe er ein ärztliches Gesundheitszeugnis beigebracht hat, das sich besonders auch auf die körperliche und geistige Beschäftigung ausdehnt. Für die Freizeit ist eine bestimmte Zeitdauer festzusetzen, ebenso eine Höchstzahl der überhaupt zu haltenden Lehrlinge zu bestimmen. Unser Verband ist gewiss, wenn er auf einen guten Stamm Wert legt, die Regelung des Lehrlingswesens in sein Statut aufzunehmen, denn der Jugend gehört die Zukunft.

Diejenigen Kollegen, die in Druckerbetrieben, werden wohl den unbefriedigten Zustand schon bitter empfunden haben, daß in ein- und demselben (oft kleineren) Betrieb drei, ja vier Verbände gleichzeitig sind. Durch die Einführung der Arbeiterausschüsse wird zwar manches ausgleichend, um beim Vorstellwerden oder sonstigen gemeinsamen Aktionen nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten zu stoßen. Es wäre Sache des Verbandstages, anzustreben, daß mit den Buchdruckern, den Buchdruckerhilfsarbeitern, sowie den Steindruckern ein enger Kontakt geschaffen wird, um bei gemeinsamen Vorgehen einen festen Rückhalt zu haben. Die heutigen Zustände sind weder für die einzelnen Mitglieder noch für die betreffenden Verbände im ganzen von Vorteil. Grenzstreitigkeiten bei Aufnahmen und Grenzstreitigkeiten bei Lohnbestimmungen passen nicht in die heutige Zeit und sind entschieden zu verwerfen. Darum auf, Kollegen, schafft neue Wege, verbessert Form und Inhalt unseres Verbandes durch Anpassung an die neue Zeit.

Aufgaben unseres Verbandstages.

Ueber die Einberufung unseres Verbandstages kann man gewiß verschiedener Meinung sein. Ob derselbe so große Eile hatte, wollen wir dahingestellt sein lassen. Statutenemäßig mußte natürlich ein Verbandstag nach einer fünfjährigen Pause ohne weiteres in Aussicht genommen werden. Jedemfalls war es von unserem Verbandsvorstand taktisch und prinzipiell richtig, daß unser Verbandstag erst nach dem Gewerkschaftskongress angeber resp. einberufen worden ist. Denn in erster Linie müssen doch unsere innerpolitischen Verhältnisse im Deutschen Reich so weit geklärt sein, daß wir unsere deutschen Gewerkschaftsinstitutionen dementsprechend einrichten können. Dies ist aber durchaus noch nicht der Fall. Unsere ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse im Deutschen Reich werden doch erst auf den noch schwebenden Friedensschluß und der daraus resultierenden Wirtschaftskrisis eingestellt werden müssen. Denn davon wird alles abhängen, wie wir unsere kommenden Produktions- und Wirtschaftsinstitutionen fernerhin ausgestalten und aufbauen können. Solange wir nicht eine sichere Perspektive über die nächstliegende Entwicklungsmöglichkeit der deutschen Industrie, von Handel und Gewerbe haben, befinden wir uns immer noch im Dunkeln.

Kollege Imhof-Berlin hat in Nr. 19 unserer „Buch.-Zg.“ in seinem Artikel „Krankhafte Zustände“ einige Streiflichter aufleuchten lassen, die auf unser Gewerkschaftswesen und -wesen vollständig zutreffen. Jedoch positive Vorschläge und Anträge zur Neugestaltung und zum Weiterausbau unseres Verbandes liegen noch von keiner Seite vor. Dagegen hat der Schreiber dieses Artikels zur Neu-

orientierung unserer deutschen Gewerkschaften bereits Stellung genommen in dem Artikel "Die Stellung der deutschen Gewerkschaften im sozialistisch-demokratischen Volkstaat". Auf der in diesem Artikel entwickelten Basis werden sich die deutschen Gewerkschaften entfalten und für die Zukunft entwickeln müssen, wenn unsere Gewerkschaften sich in der Zukunft unserem werdenden sozialistischen Volkstaat anpassen wollen. Daß auch unsere Berufsorganisation sich in absehbarer Zeit ganz gewaltig entwickeln und ausbreiten wird, ist heute schon klar und ersichtlich. Und zwar nicht auf dem Wege der Zwangsorganisation, wie Kollege Gafsch-Offenbach annimmt, sondern auf dem Wege der vollständigen Umgestaltung und Anpassung der Sozialgesetzgebung, der Arbeiterversicherung, mit besonderer Berücksichtigung und Angliederung der deutschen Gewerkschaften, deren Unterstützungs- resp. Versicherungsweisen mit der Sozialversicherung des Deutschen Reiches in Einklang und Verbindung gebracht werden müßte. Auf dieser Basis würde in Zukunft jeder Arbeiter und jede Arbeiterin ihren Berufsorganisationen ohne weiteres angegliedert werden. Schon die staatliche Einrichtung unserer Erwerbslosenunterstützung weist den sozialistisch-demokratischen Staat darauf hin, daß der bis jetzt bestehende Zustand nicht mehr weiter bestehen kann, daß eine große unorganisierte Masse mit verschrankten Armen zuseht, wie sich die Organisierten abmühen, gesunde Wirtschaftseinrichtungen aufzubauen, welche der allgemeinen Wohlfahrt und dem gesamten Wirtschaftswesen Deutschlands zugute kommen. Auf diesem Gebiete muß in großzügiger Weise durch die einschneidende Gesetzgebung Wandel geschaffen werden.

Von Wichtigkeit würde eine gründliche Revision unserer gesamten Unterstützungsweises sein. Beim Betrachten unserer Verbandsabrechnungen ist auch heute immer noch ersichtlich, daß die Ausgaben unserer 1., 2. und 3. Klasse keineswegs im Einklang mit den Einnahmen stehen. Wenn sich das frühere Mißverhältnis dieser drei Klassen auch seit unserer letzten Urabstimmung etwas gebessert hat, so ist das selbe doch dadurch nicht ganz beseitigt worden. Und je mehr sich die Zahl unserer weiblichen Mitglieder vermehren wird, desto ungünstiger wird sich dieses Verhältnis in den Einnahmen und Ausgaben der betreffenden Klassen gestalten. Uebrigens wäre die Frage aufzuwerfen, ob das ganze Unterstützungsweisen unseres Verbandes nicht zu revidieren wäre, und zwar schon deshalb, weil bei dem Zustand des heutigen deutschen Geldmarktes die heute angelegten Unterstützungsätze unserer gegenwärtigen Lebensverhältnissen sowohl jetzt und auch in Zukunft keineswegs mehr entsprechen. Das trifft auch auf unsere Invalidenunterstützung zu. Was will ein Invalid heutezutage mit einer monatlichen Unterstützung von 80 Mk. anfangen, das macht auf den Tag 1 Mk. Was kann man sich heute noch für eine Mark kaufen? Natürlich müßten auch dementsprechend unsere Verbandsbeiträge dem niedrigeren Stand unseres Geldwertes entsprechend ausgleichend resp. erhöht werden. Zu erwägen wäre besonders auf dem Gewerkschaftsorgane, ob es nicht im Interesse des Staates und einer gesunden Volkswirtschaft liegen würde, sämtliche Alters- und Invalidenrentner aus der Produktion auszuscheiden, um unseren jüngeren und besten Arbeitskräften Platz zu machen. Selbstverständlich wäre die Alters- und Invalidenrente dementsprechend zu erhöhen, so daß die Rentner sich wenigstens auf dem platten Lande eine halbwegs ausreichende Existenz schaffen könnten. Denn in den Großstädten können unsere Invalidenrentner heute schon nicht mehr bestehen. Das wäre ein sehr wichtiger Punkt zur Neuorientierung der Gewerkschaften, welchen die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften mit dem schärfsten Nachdruck unserer republikanischen Regierung gegenüber vertreten sollte. Frau Juchacz hat in ihrer Jungferntrede in der Nationalversammlung in Weimar auf diesen wunder Punkt in der deutschen Sozialversicherung hingewiesen, wofür wir Frau Juchacz sehr dankbar sein müssen. Aber wo bleibt die Zeit? Bis heute hat man weiter nichts mehr davon gehört. Bei einem etwaigen Ausscheiden aller Alters- und Invalidenrentner würden im ganzen Deutschen Reich etwa 50 000 Personen in Frage kommen, welche beim Ausscheiden ebenfalls im besten Alter stehenden Arbeitern Platz machen würden. Die staatliche Alters- und Invalidenversicherung hatte schon im Jahre 1900, also 10 Jahre nach ihrem Bestehen, einen Reinerüberschuß von 847 Millionen Mark, welcher sich bis heute nahezu verdoppelt haben dürfte. An den nötigen Mitteln zur Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten fehlt es also demnach nicht. Für den heutigen Stand der massenhaften Arbeitslosigkeit — etwa 1 1/2 Millionen Arbeitslose im Deutschen Reich — ist es von großer sozialer Bedeutung, wenn für 50 000 Arbeitslose Platz geschaffen würde.

Ferner wäre auf unserem nächsten Verbandstage die weitere Ausgestaltung unseres Organs in Erwägung zu ziehen. In erster Linie gemißt der Titel unserer "Buchb.-Ztg." nicht mehr den Entwicklungsverhältnissen unseres Verbandes. Der seit 50 Jahren bestehende Titel: "Buchb.-Ztg." ist veraltet. Der geringste Teil unserer Verbandsmittelglieder partizipiert heute nur noch an diesem Titel. Der größere Teil unserer männlichen und weiblichen Mitglieder gehört unseren veranbundenen Berufen und allen in der Papierindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen an. Bei dem großen Umfang, den unser Verband schon in allermaßiger Zeit annehmen wird, werden nur fast alle Sparten und Branchen inmitten unseres Verbandes vertreten sein. Auch müssen wir der kommenden Entwicklung der in Aussicht stehenden Industrieverbände heute schon Rechnung tragen. Wir würden es deshalb für zweckentsprechend halten, unserem Organ den Titel zu geben: "Organ aller im Buchgewerbe und in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen". Dieser Titel würde auch mehr dem heutigen Organisationsgedanken und der agitativen Tätigkeit unseres Verbandes entsprechen.

Wenn es den übrigen graphischen Berufen noch nicht genügt oder noch nicht zeitgemäß erscheint, endlich im 20. Jahrhundert einen "graphischen Industrieverband" ins Leben zu rufen, wo heute schon die rückständigen Organisationen zur Konzentration aller veranbundenen Berufe drängen, — dann müssen wir diese Konzentration im Buchgewerbe vorläufig allein erstreben. Vielleicht fällt es dann den übrigen im graphischen Gewerbe stehenden Organisationen nach einigen Jahren ebenfalls ein, daß sie ja auch zum Buchgewerbe zählen. Unsere getrennten Berufsinteressen gehen heute schon so eng und parallel auf Grund unserer Tarife, unserer Forderungen und Arbeitsnachweise, unserer Kartellverbindungen, Quid in Quid, daß es nur eines einzigen Schrittes und eines guten Willens bedarf, eine Union im Buchgewerbe zu vollziehen. Wir erinnern an das schöne Gleichnis, in dem ein alter Vater seinen sieben Söhnen einen Bündel mit sieben zusammengebundenen Stäben übergab, dieselben zu zerbrechen. Keiner brachte es fertig. Der alte Vater ermahnte seine Söhne, wie diese sieben Stäbe vereint zusammenzuhalten und sagte: Vereinigt könnt ihr allen Gefahren trotzen — vereinzelt seid ihr nichts. Zum weiteren Ausbau unseres Verbandsorgans, welches so nun wieder stetig erscheint, würde in Betracht des kommenden Mißsystems und der damit zusammenhängenden sachtechnischen Ausbildung der in Frage kommenden Fachgewerkschaften eine Zweiteilung unseres Verbandsorgans und dessen Schrittelteilung den Entwicklungsverhältnissen und dem engeren Zusammenhalt aller in Betracht kommenden Branchen am besten Rechnung getragen, wenn unsere Redaktion dementsprechend erweitert und zur Hälfte unseren Verbandsinteressen und zur anderen Hälfte unserem Beruf und verwandten Branchen dienen würde. — Zudem wird ja auch der Verbandsvorstand so wie so unser Organ der gegenwärtigen Größe und dem Umfang unseres Verbandes anpassen müssen. Das sind allerdings nur einzelne Punkte zum Weiterbau unseres Verbandes. —

Hamburg.

Karl Grimm.

Zum Verbandstag.

Als alter Kollege möchte ich meine Meinung zum Wohle der Kollegen, so auch Kolleginnen geben. Es wird jetzt wieder so viel gesprochen und geschrieben. Ob es uns hilft in dieser schweren Stunde, daß ich wieder eine andere Frage

vor allem ist es dringend nötig, daß wir mit dem alten System brechen. Wir haben jetzt eine neue Zeit, und entsprechend dieser müssen wir aufbauen und eine Gleichberechtigung aller Mitglieder, ob männlich oder weiblich, fordern. Aus diesem ergibt sich, daß die Statuten von Grund aus neu formuliert werden müssen. Diese Formen zu finden, überlasse ich dem praktischen Klassenbeamten. Ferner müssen wir eine Frauenbeilage herausgeben für unsere weiblichen Mitglieder. Dieselbe muß auffierend und belehrend wirken und auch Unterhaltungsstoff bringen. Hieron bespreche ich mir viel, denn unsere weiblichen Mitglieder sind noch sehr im Rückstand, wie auch manche männlichen.

In der heutigen Zeit muß mehr demokratischer Geist in die Massen gebracht werden. Unsere Kollegen wollen vorwärts, nicht rückwärts, daher muß auch der Verbandsvorstand mehr Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse nehmen. Dann es denn wundernehmen, wenn die Gegenstände beschützt werden? Leider muß ja zugegeben werden, daß die Luft immer größer wird zwischen rechts und links. Die große Masse der Mitglieder

verlangt mehr Mitbestimmung und auch mit Recht! Das sollten auch unsere Angestellten einsehen. Wandering Streit könnte vermieden werden, wenn mehr Rücksicht aufeinander genommen würde. Und wie steht es mit dem Graphischen Industrieverband? So können die Dinge nicht bleiben wie sie momentan gelagert sind, wenn wir Erfolge erlangen wollen. Ich bitte heute schon die Kollegen und Kolleginnen, schickt auf den Verbandstag Leute, die auch voll und ganz das Vertrauen der Mitglieder besitzen. Denn der Verbandstag wird ein Markstein in der Geschichte des deutschen Buchbinderverbandes. Darum fort mit allen Streitigkeiten von rechts und von links und fördert alle viel mehr die Einigkeit.

Mürnberg.

Ringer.

Es wird jetzt soviel davon gesprochen, daß sich die Gewerkschaften neutral zu halten hätten. Das halte ich für einen großen Fehler. Hätte man sich in den Gewerkschaften mehr mit den politischen Tagesfragen beschäftigt, dann würde der Zweifelspost nicht so hart in die Erscheinung getreten sein wie dies jetzt der Fall ist. Denn die wirtschaftlichen und politischen Fragen greifen doch in sehr vielen Fällen ineinander. Die Gewerkschaftsführer sind wegen ihrer unklaren Handlungsweise zum großen Teil mit schuld.

Dann wird auch jetzt von den Gewerkschaftsführern soviel von der Demokratie gesprochen. Das, was heute als Demokratie bezeichnet wird, ist nur ein formales, anderes Prinzip. Wir sind noch weit entfernt von wirklicher Demokratie und politischer Gleichheit entfernt. Solange es Unterdrückung des Besten, solange es Klassengegensätze gibt, solange kann von wahrer Demokratie nicht geredet werden. Nein, wir erstreben eine höhere Form der Demokratie, wir wollen, daß die formale politische Gleichberechtigung gegründet sei auf der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller. Darum sage ich: Nicht durch Demokratie zum Sozialismus, sondern durch den Sozialismus zur Demokratie. Bekanntermachen ist Amerika das Land, in dem die weitgehendsten demokratischen Gesetze eingeführt sind. Aber wird denn in Amerika auf Grund dieser Gesetze regiert oder regiert nicht vielmehr die kapitalistische Aritokratie? Ich denke gerade an den Bergarbeiterstreik in California, wo Rockefeller die Streikenden einfach niederhauen ließ. So steht die Demokratie aus in diesen Ländern. Also es ist Vorsicht am Platze, daß mit diesem Wort kein Unfug getrieben wird.

Auch glaubt man jetzt Sturm laufen zu müssen gegen den Generalstreik. Ist doch der Generalstreik vor dem Kriege schon propagiert worden. Ich erinnere an die "Neue Zeit", in der diese Frage sehr oft behandelt wurde. Wenn er nun nicht schon früher zur Durchführung kam, dann lag dies daran, daß er für die deutsche Arbeiterschaft ein neues Problem war. Jetzt liegen die Dinge anders. Wir sehen, wie sich alles mehr und mehr generalisiert, denn alles spricht dafür, daß sich in absehbarer Zeit die graphischen Verbände verschmelzen werden. Sie schließen jetzt schon Tarife ab, die gleiche Löhne vorsehen für alle Berufsgruppen. Geht dieses weiter, dann werden wir uns immer mehr dem Gleichschritt nähern. Hätten wir diesen und die Untermänner würden und unsere Forderungen ablehnen, wodurch wir zum Streit greifen müßten, dann hätten wir gewollt oder ungewollt den schönsten Generalstreik. Ich erinnere an die englischen Gewerkschaften, die doch auch immer den Generalstreik proklamieren, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt wurden.

Barmen-Überfeld.

Guigo Knäfen.

Wacht auf!

Mit Unbehagen liest man in der letzten Zeit die Diskussionsartikel mit den unruhigen Anfragen auf die Verbandslitung. Mit Besorgnis lassen wir daher den Artikel des Kollegen Moth in Nr. 22. Er wird seine Wirkung nicht verfehlen und manchem Mitgliede die Augen geöffnet haben. Ja, wacht auf, Ihr Mitglieder! Seht Euch Eure jetzigen Vorstandsorgane an. Führer in den Jahreshellen und können das Führer sein, die früher den Weg zur Organisation nicht finden konnten, aber nun den Mund ziemlich voll nehmen, die die Stimmungen der Massen zu ihrem Vorteil auszunutzen suchen? Ihr ganzes Gebaren beruht ihre frühere Tätigkeit. Sie, die früher keinen Groschen für den Verband übrig hatten und nun durch einen unüberlegten Streik 50 000 Mk. Verbandsgebelde verpulvert! Das es da überhaupt noch einen Zweck, daß wir Beiträge zahlen? Ihr Mitglieder, könnt Ihr denn nicht sehen, was mit Euch geschieht, wenn Ihr diesem Treiben blind gegenüber bleibt? Es wird die höchste Zeit, daß mit diesem Zustand Schluss gemacht wird. Kein Mensch beherrscht die Gewerkschaftsbewegung

seit der Revolution so, daß er sich als Führer ausgeben kann. Sich den Stimmungen der Massen hingeben ist keine Kunst. August Bebel sagte einmal: „Fürwahr, das ist ein schlechter Führer, der nicht den Mut hat, den Stimmungen der Massen entgegenzutreten.“ Wer kann so unvernünftig sein und von unserm Verbandsvorsitzenden, einem Mann, der seit 1904 unsern Verband führt und reiche Erfahrungen hat, glauben, daß er den Verband schädige? Dann wäre doch nicht die Entwicklung des Verbandes gekommen. Man soll doch die Gegenwart beim Schopfe nehmen und nicht mit den Schlagworten kommen, die Leitungen verstehen den Geist der Zeit nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Jetzt, wo Deutschland darnieder liegt, wo es im allem fehlt, wo unverantwortliche Personen Streits entfachen, ist es da nicht Pflicht der Führer, die Mitglieder aufzuklären und nicht an den Abgrund führen zu lassen? Wo nur intensiver, produktive Arbeit uns vor dem Hunger beschützen kann? Oder ist der Geist der Zerstörung der Geist der Zeit? Muß erst alles zerstört werden, um neu aufzubauen? Beschämend ist es, alte, verdiente Verbandsangehörige hinauszuschieben, bloß weil sie das jetzt übliche politische Getriebe nicht mitmachen. Nebenbei bemerkt, kennzeichnet die niedrige Ausdrucksweise „Gewerkschafts-bonze“ die geistigen Fähigkeiten dieser Leute. Kollegen, laßt doch endlich die Streitereien innerhalb der Gewerkschaft. Ermüdigend wir uns nicht selbst zum Quatium des Kapitalismus und verhandeln dadurch den alten guten Ruf der Gewerkschaft. Kein Wunder, daß man hier und dort schon auf Widerstand stößt. Wir, hier am Springquell der Revolution, stehen geschlossen wie ein Mann hinter unserer Verbandslitung. Nur fester Zusammenhalt verbürgt uns Erfolge. Dank unserer gut angelegten Organisation am Orte sind wir in der Lage, jeder unserer Forderungen Nachdruck zu verleihen. Das Interesse an der Sache soll uns zu hoch stehen, um dem Gegner das unwürdige Schauspiel der Zerplitterung und Zänkereien zu bieten. Deshalb nochmals: Hört auf unsere akbewährten Führer. Seht nicht jedem Stimmungsänderlichen Euer Ohr und prüft das Gehörte mit den Tatsachen. Beweist Euer Einverständnis mit dem Verbandsvorstand, indem Ihr durch die Bahnen zum Verbandstag verfehlet, daß eine Kaderauswahlung aus diesem gemacht wird. Unsere alten Kämpfer haben bewiesen, daß sie untand sind, den Verband in sichere Bahnen zu führen zum Wohle und zum Nutzen aller Mitglieder.

Kiel.

Max Kühnert.

Nicht planlos zerstören.

In der Winternie unserer geschwundenen Frankensandes soll unser Kollegenparlament in Sturmbegeisterung neue Waffen schmieden zum Wohle unserer Kollegenenschaft. Schon jetzt schlagen die Wogen der Verbandstagsdiskussion sehr hoch. Das ist nichts Außergewöhnliches, sondern viel mehr selbstverständlich. Es regt sich überall sprudelndes Leben, Energie und Latenzdrang. Nun müssen die Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, die Gelegenheit geben, diese erschütternde Energie auszubringen für unsere Zukunft zu verwenden. Unbedingt muß beachtet werden, daß das erste und festeste Gebot in niederstehender, zerstörender Weise sich bekämpft. Da muß vor allem Dingen den Bestrebungen energig entgegengetreten werden, die summarisch bis jetzt Jahrzehnten bedürftigen Funktionen beseitigen wollen, weil sie ihrer politischen Ueberzeugung nach dem Spartalismus abhold sind! Das wäre gleichbedeutend mit blinder Fortschrittstheorie, die nicht nur bereits Errungenes über den Haufen wirft, sondern auch die notwendigen Zukunftsaufgaben vom allem Anfang negiert. Alle unsere älteren Funktionäre waren schon zu Zeiten tätig, wo es galt, heroischen Mut aufzubringen und sehr empfindliche Opfer zu tragen.

Dem Mensch wird besonnenen wollen, daß die ungeschwundenen Umwälzungen auch für unser Verbandsläden tief einschneidende Veränderungen notwendig machen. So manches, was sich unter dem früheren Regime als unentbehrlich bewährt hat, muß jetzt als überlebt über Bord geworfen und durch Neues, Zeitgemäßes ersetzt werden. Werfen wir also Alles, was nicht mehr Brauchbares in die Kumpfkammer und schaffen an dessen Stelle Neues, den veränderten Verhältnissen entsprechenden! Schon im voraus muß dagegen protestiert werden, daß der kommende Verbandstag endlose Diskussionen über Verangenes pflegen bzw. in theoretischen Gespinnereien verpuffen soll. Vielmehr gebe ich mit Kollegen Imhoff einig, der ganz zurecht ausführt: „Es darf nicht so weit kommen, daß der Verbandstag in seinen letzten Beratungen nur geschnappten Beschlüssen und Beschlüssen nachhaken!“ Inwiefern das schon der letzte Ver-

bandstag diesem Uebelstand in etwas vorgebeugt, daß die Effektivkommission früher einberufen wird, um die Anträge einer zweckentsprechenden Sichtung zu unterziehen. Gewiß wird man über Fehler der Vergangenheit reden müssen und diese einer Kritik unterziehen. Diese Kritik darf aber nicht neugierig, sondern muß fördernd, aufbauend wirken. Um dieses zu ermöglichen, müssen alle Kritiker christlichen Willens befehlen und streng sachlich, ohne jede persönliche oder politische Spitze ihre Beanstandungen zum Ausdruck bringen.

Nun wird die Frage entstehen: „Was soll geändert werden?“ Da muß in erster Linie der bisherige Zustand von zweierlei Rechten und Pflichten für die Mitglieder radikal beseitigt werden! Es geht nicht mehr so weiter, daß es den Kolleginnen verboten ist, in eine höhere Beitragsklasse als der dritten zu steuern. Nachdem die Frau in Staat und Gemeinden das gleiche politische Recht wie der Mann hat, geht es nicht mehr an, in unserem Verbandsläden diese Gleichberechtigung nicht zu betätigen. Wäre es A. W. bei der letzten Beitragsregulierung möglich gewesen, dem Verlangen der Kolleginnen, in die 4. Beitragsklasse zu steuern, stattzugeben, so hätte die Verbandskasse lediglich Nutzen davon gehabt. Es sollen nur 10 000 Kolleginnen angenommen werden, die seit 1 1/2 Jahren in die 4. Klasse gesteuert hätten, dann hätte dieses für die Verbandskasse eine Mehrerlöse von 150 000 RM. in genanntem Zeitraum ergeben. In Wirklichkeit wären es aber sicher bedeutend mehr gewesen, die in die 4. Beitragsklasse übergetreten wären. Ich höre schon den Einwand: „Da hätten wir aber auch weit höhere Unterhaltungen zahlen müssen!“ Gewiß wird dies bis zu einem gewissen Grade zutreffen. Aber niemand wird behaupten wollen, daß die höheren Unterhaltungen den größten Teil der Mehreinnahmen aufgebracht hätten! Also diese Gleichberechtigung in Punkte Pflichten und Rechten muß für alle Mitglieder geschaffen werden!

Das so viel verlässerte Hilfsdienstpflichtgesetz hat eine gute Seite für die Arbeiterchaft gehabt. Die Schlichtungsausschüsse in Nordbavaria haben hauptsächlich bei Lohnbewegungen gut funktioniert. Und gerade diese Schlichtungsausschüsse leisten und jurist noch ganz besonders gute Dienste bei Lohnstreitigkeiten. Für die Zukunft müssen diese Ausschüsse erhalten bleiben als Ergänzung unserer Betriebsräte.

Ueber die Einrichtung der Betriebsräte sei noch einiges gesagt. Diese Räte sollen an Stelle der bisherigen Betriebs- bzw. Arbeitersauschüsse treten mit ganz bedeutend erweiterten Rechten. Damit die Betriebsräte alle ihnen zustehenden Rechte voll ausnützen können zum Wohle der Arbeiterchaft, müssen sie eine ganz besondere Ausbildung bekommen. Um eine Kontrolle der Produktion erfolgreich vornehmen zu können, genügt es nicht, mit Schlagworten um sich zu werfen. Da heißt es Kenntnisse und Erfahrungen besitzen. Für das Räteystem gilt, was für alle zum Schutze der Arbeiterchaft geschaffenen Geseze und Einrichtungen, daß der freie Volkstaat die Geseze erlassen kann, aber daß für die praktische Durchführung die Arbeiterchaft selbst sorgen muß. Auch im freien Volkstaat bleiben die Geseze und Einrichtungen auf dem Papier, wenn die Arbeiterchaft nicht durch ihre Geschlossenheit in der Gewerkschaft für deren praktische Durchführung sorgt. Der beste Betriebsrat kann seine Aufgaben nicht erfüllen, wenn er nicht alle Beschäftigten geschlossen hinter sich hat. Darum ist es mehr als verhängnisvoll, wenn so manche unserer Mitglieder sich in Illusionen wiegen, fast auf dem Boden der realen Tatsachen zu stehen.

So wie hinkommen, tritt uns die Tatsache entgegen, daß nicht gerätet, sondern aufgebaut werden muß! Das kann aber nur geschehen, wenn man mit dem unzerstörten Bild praktischer Erfahrung und Sachkenntnis die Dinge so sieht, wie sie in Wirklichkeit sind. Bestimmt es, auch unserer Kollegen und Kolleginnen diese realen Tatsachen einzuprägen, dann wird auch deren Energie und Latenzdrang nutzbringend nicht zerfließen, sondern aufbauend wirken!

H. W.

Berichte.

Berlin. In der am 26. Mai stattgefundenen Versammlung der in den Betrieben der Berliner chromolithographischen Vereinigung Beschäftigten berichtete klar über die Verhandlungen der Arbeitgeber mit den Vertretern der Arbeiterchaft. Die in sechs Betrieben beschäftigten Buchbinder und verwandten Berufskollegen werden mit 35 bis 80 RM. entlohnt. Der Durchschnitt beträgt 65,64 RM. Die in den gleichen Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen werden mit 13 bis 40 RM. entlohnt. Der Durchschnitt beträgt 30,80 RM. Wie es möglich ist,

daß diese Arbeiterchaft bei den gegenwärtigen teuren Lebensverhältnissen mit diesen Löhnen auskommen kann, wird jedem ein Rätsel sein. Die Unternehmer, namentlich aber der schwer reiche Herr Dr. Pagelberg, fanden denn auch warme Töne über die soziale Lage ihrer Arbeiterchaft und deren Verbesserungsbedürftigkeit. Sie beschäftigten denn auch Julagen bis zur tariflichen Regelung zu gewähren, und zwar boten sie den männlichen 5 RM. pro Woche, den weiblichen bis zu einem Verdienst bis 25 RM. 2 RM., bis 34 RM. 3 RM., über 40 RM. 4 RM. pro Woche. Dieses geringe Angebot wirkt in der gegenwärtigen teuren Zeit wie Lohn. Nach langem Verhandeln schlangen sich die Arbeitgeber dazu auf, den männlichen 6 RM. pro Woche, den weiblichen 5 RM., 4,50 RM., und denen, die über 40 RM. verdienen zu wollen. Die Vorschläge der Arbeitnehmer, den männlichen bis zu einem Verdienst von 50 RM. 50 Proz., von 50 bis 60 RM. 40 Proz., nicht unter 75 RM., und von 60 bis 70 RM. 30 Proz., nicht unter 78 RM., und allen Mehrverdienern ebenfalls 30 Proz. zu gewähren, wurden als unannehmbar abgelehnt. Den Arbeiterinnen bis zu einem Verdienst von 30 RM. 50 Proz., 30 bis 40 RM. 40 Proz., nicht unter 45 RM., und denen, die über 40 RM. verdienen 30 Proz., nicht unter 56 RM., als außerordentliche Zulage zu gewähren, wurden gleichfalls unter Führung des Herrn Dr. Pagelberg abgelehnt. Da die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss noch aussteht, hat dieser Gelegenheit, die Mindestlohntafel für gewerbliche Arbeiterinnen für leichte Arbeiten (veröffentlicht in Nr. 13 der „Mitteilungen der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin“) in dieser Branche zur Einführung zu bringen. Diese bedeuten für eine große Anzahl Arbeiterinnen eine nicht unbeträchtliche Erhöhung ihres Lohnes. Danach sollen bezahlt werden für Arbeiterinnen bis 15 Jahren 22,50 RM., von 16 bis 17 Jahren 25 RM., 17 bis 19 Jahren 33 RM. und über 19 Jahre 40 RM. pro Woche.

Nach diesem Bericht fand eine sehr lebhaft Diskussion statt. Der Branchenleiter Lippold ergänzte den Bericht in ausführlicher Weise. Folgende Entschlieung fand einstimmige Annahme:

„Die am 26. Mai tagende Versammlung der in den Betrieben der Berliner chromolithographischen Vereinigung Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den minimalen Zugeständnissen der Arbeitgeber. Die Versammelten erklären, diese minimalen Zugeständnisse nicht annehmen und erkliden in dem Betreben der Arbeitgeber, daß nunmehr mit ihrem Personal unter Aufkündigung der Organisation zu „einigen“, ein unzulässiges Verdrängungsmandat, das geeignet ist, die Einigkeit der Arbeiterchaft zu verhindern. Die Organisation, der Deutsche Buchbinderverband, wird beauftragt, die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vor dem Schlichtungsausschuss zu bringen.“

Nach erneuten Verhandlungen mit den Unternehmern kam am 5. Juni folgende Vereinbarung zustande: Alle in chromolithographischen Anhalten beschäftigten, dem Organisationsbereich des Deutschen Buchbinderverbandes angehörigen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten mit Wirkung vom 21. Mai d. J. folgende Löhne: Weibliches Personal im Alter von 14 bis 15 Jahren einen Mindestlohn von 22,50 RM., vom vollendeten 15. bis zum vollendeten 17. Jahre einen Mindestlohn von 25 RM. Bei einem Verdienst (Lohn oder Akkord) bis zum Betrage von 25 RM. wird eine Zulage von 7,50 RM. gewährt, von 25 bis 40 RM. ein Mehr von 6 RM. (nicht unter 32,50 RM.), von über 40 RM. 4 RM. (nicht unter 45 RM.). Männliches Personal erhält bei einem Verdienst (Lohn oder Akkord) bis zum Betrage von 50 RM. eine Zulage von 16 RM., bis 65 RM. eine Zulage von 13 RM. (nicht unter 55 RM.), von 65 bis 80 RM. eine Zulage von 10 RM. (nicht unter 77 RM.), über 80 RM. eine Zulage von 7,50 RM. (nicht unter 80 RM.). Wohnzulagen, die seit dem 1. Mai gewährt worden sind, kommen in Anrechnung. Die gesetzlichen Feiertage werden bezahlt, bei Akkordarbeitern auf Grund des mit ihnen verabredeten Wochenlohnes. Im Ferien werden gewährt nach einem Jahr vier Tage, nach drei Jahren fünf Tage, nach sechs Jahren sechs Tage. Die Arbeitszeit richtet sich nach derjenigen der Stein-druckereien. Diese Vereinbarung gilt bis zum 30. September 1919.

Berlin. Am 22. Mai hatten die kaufstimmigen Buchbinder eine gutbesuchte Versammlung. Zunächst teilte Kollege Meyer mit, daß unsere vor 14 Tagen beschlossene Resolution betr. Abweisung der Kaufstimmigen durch die Prinzipalität bei Besetzung der offenen Stellen weder in die „Freiheit“ noch in die „Buchbinder-Zeitung“ aufgenommen worden sei. Die Versammlung protestiert energig gegen diese Behandlung der Kaufstimmigen in solchen für uns so wichtigen Angelegenheiten. Wir Kaufstimmige verlangen unbedingt gleiche Behandlung und Solidarität der Kollegen mit uns, wir be-

zahlen genau dieselben Beiträge wie die holländischen Kollegen und verlangen auch gehört zu werden, um mit den andern in Zahlung zu bleiben.

Anmerkung der Redaktion: Wir bedauern, diesen Protest ablehnen zu müssen, soweit er gegen die „B.Z.“ gerichtet ist. Uns ist ein Bericht, der sich mit der Abweisung der darzustimmenden Kollegen durch die Unternehmer beschäftigt, nicht zugegangen. Aus diesem Grunde hat die „B.Z.“ den Bericht auch nicht bringen können.

Darmen-Elberfeld. Am 30. Mai fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ist erwähnenswert, daß das erste Vierteljahr ein sehr arbeitsreiches, aber auch ein erfolgreiches genannt werden kann. Die Zahlstelle hing von 247 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1918 auf 930 Mitglieder am Schlusse des ersten Quartals, sie zählt zurzeit über 1200 Mitglieder. Die Lokalliste zeigt kein erfreuliches Bild. Einer Einnahme von 379,49 Mk. steht eine Ausgabe von 822,90 Mk. gegenüber, es ist nur ein Kassenbestand von 310,69 Mk. vorhanden. Hier muß unbedingt Rat geschaff werden. Die Lokalkassentransparenz schließt mit einem Kassenbestand von 1891,90 Mk. ab. Dann wurde bekanntgemacht, in welcher Weise die Urwahlen zum Gewerkschafts-Kongreß getätigt werden. Eine sehr rege Debatte knüpfte sich dann an den Bericht über die Gewerkschafts-Vertretungen. Dieser wurde von Hoffmann erstattet. Es machte sich schon eine lebhafteste Unruhe bemerkbar, als dieser mit außerordentlicher Breite den Antrag und die Begründung dazu verlas, wonach in Zukunft die Mitglieder der Reichswehr konstituiert und nie mehr in den Gewerkschaften aufgenommen werden sollen. Die Versammlung nahm es mit sichtlichem Mißfallen auf, daß unsere Delegierten für diesen Vorschlag gestimmt hatten. Es wandten sich dagegen Luft, Handwerker, Weinhandl und Käufer. Dafür sprachen Schulz, Kunze, Krüger und Klinter. Wiederholt nahm auch zu längeren Ausführungen Groenhoff das Wort, der sich entschieden dagegen wandte, daß der unglückselige Meinungsstreit der Parteien in die Gewerkschaften hineingetragen wird. Die Debatte zeigt, wohin das führen muß und daß die Gewerkschaften dann genau so der Zersplitterung zutreiben, wie es mit der Partei geschehen ist. Sollen die Gewerkschaften ihre Aufgaben erfüllen und die Berufsinteressen wahrnehmen, dann brauchen sie dazu die Mitgliedschaft aller oder doch wenigstens möglichst vieler Berufsangehöriger ohne Unterschied ihrer politischen Anschauungen. Bedner mahnte dringend zur Toleranz. Man soll die gegenseitigen Anschauungen als ehrlich gemeint achten und nicht immer in dem politischen Gegner einen niederträchtigen Arbeiterverräter sehen. Unsere Kartelldelegierten sollten sich entschieden dagegen wenden, daß in der Gewerkschaftskommission allerlei Fragen erörtert werden, die gar nicht zu ihren Aufgaben gehören und nur das Zusammenarbeiten der Gewerkschaften fördern. Der Beschluß bezüglich Reichswehrtruppen sei unhaltbar und praktisch auch gar nicht durchzuführen. Er bebaure daher aus diesen und vielen anderen Gründen, daß unsere Delegierten dafür gestimmt haben. Schon bei der Abstimmung über die Resolution gegen den Willen der Mitglieder gestimmt. Er habe damals schon zur Toleranz ermahnt und dringend gewarnt, diese politischen Streitfragen, die in der Gewerkschaftskommission leider einen großen Raum einnehmen, auch in die Gewerkschaften hineinzutragen. In eindringlichen Worten wies Bedner aus der Geschichte der Revolutionen sowohl wie auch aus der Geschichte der Arbeiterbewegung das Verderbliche der Zersplitterung und geschäftigen Bekämpfung nach und ermahnte dringend, die Gewerkschaften davor zu bewahren und sie für die noch kommende schwere Zeit einig und geschlossen zu erhalten. Diese Ausführungen fanden bei den Kollegen einen großen Beifall. Der Antrag der Gewerkschaftskommission wurde dann mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Dann wurde noch über die verfloßene Lohnbewegung berichtet sowie aus der Mitte der Versammlung durch Anfragen über den Stand der Bewegung in der Kartonnagenbranche und der Tischlerhandwerker darauf hingewiesen, daß die einleitenden Schritte getan sind, um auch diese Branchen zum Anschluß an die neuen Vereinbarungen zu bewegen. Es sei aber vor allen Dingen zunächst Sache der beteiligten Kollegen selbst, an ihre Firmen heranzutreten, diese zum Anschluß zu bewegen und auf diese Weise allgemeine Verhandlungen herbeizuführen.

Dirschberg (Schf.). Am 30. Mai hielt unsere neugegründete Zahlstelle eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Wie Dögel in seinem Bericht sagte, hatte unsere Ortsgruppe 1913 mit 7 Mitgliedern angefangen. Während des Krieges war nichts zu machen, aber dafür entwickelte sie sich seit Ende 1918 rapid, sie wuchs auf 212 Mitglieder an. Wir haben auch schon große Erfolge erzielt. Den neuen Lohnsatz haben wir fast platt durchgebracht und verhältnismäßig gute Löhne errungen.

Speziell die Kolleginnen haben wir hochgebracht. Unter 16 Jahren 15,60 Mk., über 16 Jahre 17 Mk. sind die Anfangslöhne, die sich bis auf 31 Mk. steigern. Gehilfenlöhne fangen bei 45 Mk. an und steigen bis 70 Mk. Teilweise sind dies Sprünge bis über 100 Proz. Verdlossen wurde die Eingehung der Mitgliederkarten zur Vermeidung von Schäden durch Verlieren von Marken und zur besseren Kontrolle beim Einleihen und Abrechnen. Dafür erhält jedes Mitglied eine Legitimationskarte. Sodann erfolgten die Wahlen zum Gewerkschafts-Kongreß in Nürnberg. Da unsere Zahlstelle über 200 Mitglieder zählt, so mußte der Vorstand erweitert werden. Zum 2. Vorsitzenden wird Danner, zum Revisor Kaminelli und zu Beisitzern Birgden und Gläser gewählt. Bei einer diesigen Firma sollen 5 Kolleginnen entlassen werden wegen Arbeitsmangel. Wer werden aber dahin wirken, daß zunächst die Arbeitszeit verkürzt wird. Auch machte sich bei einer kleineren Firma ein Einmischen notwendig. Dieselbe hat den Tarif anerkannt, hält ihn aber nicht ein. Die Tätigkeit in unserer Zahlstelle ist sehr erfreulich und alle Mitglieder sind an Werke, die noch aufstehenden zu organisieren. Wir hoffen, daß zur nächsten Versammlung unsere Mitgliederzahl um ein bedeutendes gewachsen ist, denn: Je mehr, desto stärker!

Ludzuwalle. Unsere Unternehmer weigerten sich, nachdem wir ihnen erneut unsere Forderungen (vergl. d. Bericht in Nr. 23 der Buchb.-Ztg.) und unser Ersuchen um eine erneute Verhandlung unterbreiteten, mit der Ortsverwaltung zu verhandeln. Sie stützten sich auf die Unterstützung der Ortsverwaltungsmittelglieder unter dem Protokoll der Sitzung, trotzdem diese vorher erklärten, daß sie nicht eher den Vertrag unterschreiben können, als nicht die Genehmigung der gesamten Kollegenschaft in einer Versammlung eingeholt war. Die Unternehmer waren damit einverstanden und erklärten, daß die Vertreter der Kollegenschaft nur das Protokoll zu unterschreiben hätten. Was sie daraus machen, beweisen die obigen Ausführungen. In der am 21. Mai tagenden Versammlung beantwortete die Kollegenschaft diese Herausforderung mit der Streikparole. Am 22. Mai früh 9 Uhr legten circa 200 Kollegen und Kolleginnen in 8 Betrieben die Arbeit nieder, nachdem eine halbe Stunde vorher die Anfraktionen von den Vertrauensleuten der einzelnen Betriebe von dem Beschluß der Versammlung in Kenntnis gesetzt waren. Einmütig und reiflos begaben sich die Kollegen und Kolleginnen nach dem Versammlungsort, wo sie ihrem Willen, sich nicht länger brüskieren zu lassen, Ausdruck gaben, und die Beschlüsse der Ortsverwaltung entgegengenommen wurden. Es zeigte sich hier schon, wie überrascht die Unternehmer von dieser Lauffahrt der Organisation waren. Gauleiter Kemmer wurde herbeigerufen und es fand die erneute Verhandlung im Beisein der Ortsverwaltung am 24. Mai nachmittags statt. War schon die vorige Verhandlung ein schwieriges Kämpfen, so drohte dieses Mal mehrmals das Abbrechen der Verhandlung. Um das geringste Entgegenkommen der Unternehmer wurde erbittert gekämpft werden. Im Verein mit unserm Gauleiter Kemmer laßen die Mitglieder der Ortsverwaltung ihr Bestes, um für die Kollegen herauszuholen, was ging. Die erweiterten Angehörigen der Unternehmer sind folgende: 225 Proz. für Presser und 150 Proz. für Presserinnen an Handpressen für die Kellergößen, flache 16 mal 10 cm, tiefe 19 mal 11 und runde 12 cm Durchmesser und Gießlerpressen. Bei größeren Formaten sollen sie 225 Proz. bekommen. Andernfalls soll der Arbeiterausgleich gefordert werden. Die Presserinnen an Kraftpressen sollen 133 1/2 Proz. Zulage bekommen. Hier soll der Grundlohn einer Revision unterzogen werden. Ferner erhält ein Vollarbeiter 1,65 Mk. Stundenlohn, und ein Anfänger 1,50 Mk. die ersten 4 Wochen, Buchbinder und Zuschneider 1,75 Mk. Wo höhere Löhne schon gezahlt werden, bleiben diese bestehen, wie schon die Unternehmer in der vorigen Verhandlung erklärt haben. Die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden soll bestehen bleiben.

In der Versammlung griffen die Kollegen die Firma Böhme u. Ganud, aus schärfste an in der Erkenntnis, daß diese Firma mit der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft das Neueste leistet, und auch dadurch den andern Unternehmern, welche keine Frauenarbeit an Handpressen in ihrem Betriebe kennen, die größte Konkurrenz bereiten. Deshalb auch das Festhalten gerade dieser Firmen an der Frauenarbeit, an der Ausbeutung in der schlimmsten Form, an der Gesundheit der Frau, die einen gesunden Nachwuchs für unsere heruntergekommenen Staat geben soll. Im übrigen nahm die Versammlung einstimmig diese Angehörigen, welche ja nicht voll an das Geforderte reichen, aber den größten Fortschritt von allen bisherigen Bewegungen dar-

stellen, der Unternehmer an; am Montag, den 26. Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Jedoch soll die Position Frauenarbeit dem staatlichen Schlichtungsausschuß unterbreitet werden. Nach dem Schlußwort des Kollegen Kemmer und nach einem anfeuernden Appell des Vorsitzenden Gannemann an die reiflos erschienenen Kollegenschaft, besonders an die zahlreich Reueingetretenen, wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsern Deutschen Buchbinder-Verband geschlossen. Godekreusch war die straffe Disziplin der Kollegenschaft und dies trug auch wesentlich zu dem schönen Erfolge bei.

München. Die am 21. Mai abgehaltene Versammlung galt einleitend der Ernung unseres 1. Vorsitzenden und Gauleiters, Kollegen Faust, der am 12. Mai das 25jährige Verbandsjubiläum feiern konnte. Ein prächtiges Blumengebüde, gespendet von der Zahlstelle, war das äußere Zeichen der Verehrung. Kollege Schanung als 2. Vorsitzender brachte namens der Mitglieder dem Jubilär die herzlichsten Glückwünsche entgegen und betonte, daß Faust seit 20 Jahren der Zahlstelle angehört und auf eine sehr erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken kann. Uebergend zur Tagesordnung nahm die Versammlung Stellung zum Verhandlungsprotokoll. Faust erörterte die eminente Bedeutung derselben. Eine Erhöhung der Beiträge, mit der eine Erhöhung der Unterhaltungsgröße Schritt halten muß, sei mit Rücksicht auf die Geldentwertung unumgänglich. Der Verbandstag müsse praktische Arbeit leisten. Allein schon dem Versuch, auf dem Verhandlungsprotokoll politische Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck zu bringen, mußte einsehend Widerstand entgegengebracht werden. Von der Versammlung wurde die Regelung der Unterstützung der Arbeitslosen durch Reichsgefes gefordert und wird erwartet, daß der Verbandstag dazu Stellung nimmt. Als Kandidaten für den Verbandstag wurden Faust, Garber, Moses, Schanung, Schmidt, Josef und Knödelmaier aufgestellt. Zum Gewerkschafts-Kongreß wurde kein Kandidat aufgestellt. Der unverbindliche Vorschlag der Ortsverwaltung, bei der Urwahl der Delegierten zum Gewerkschafts-Kongreß die jüdischen und sonst verdiente Kollegen zu unterstützen, fand Annahme. Auf die Ausschreibung betr. Anstellung einer Hilfskraft liefen 4 Bewerbungen ein. Die Versammlung wählte mit großer Majorität den Kollegen Adolf Müller. In der Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung wurde Garber gewählt. Folgende an die Regierung gerichtete Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 21. Mai abgehaltene Versammlung erwartet von der Regierung des Volksstaates Bayern Maßnahmen zur Abänderung der Arbeitslosigkeit im Buchbindergewerbe. Durch Anträge an die Unternehmer erbiten die Versammelten das beste Mittel, um den vorhandenen Arbeitsmangel und der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Der Regierung wird bekanntgegeben, daß die Staatsbibliothek dazu übergegangen ist, die Einbandart zu vereinfachen und in letzter Zeit mit Aufträgen ganz bedeutend zurückzuführen. Andere Behörden lassen Gesetzes-Verordnungsblätter usw., die bisher gebunden wurden, nur noch heften. Die Versammlung stellt in diesem Vorgehen eine Durchbrechung der Vorschriften, den Arbeitsmangel und die Arbeitslosigkeit zu beheben und einen Widerspruch zu den Bestimmungen des Staatsministeriums für Demobilisierung. Die Regierung wird um schnellste Maßregeln gebeten.“

Torgau. Am 24. Mai hatten wir unsere Versammlung im Schützenhause abgehalten. Infolge der überaus frühen Abkühlung seitens des Hochwandes waren viele Kollegen und Kolleginnen der Beieinmüdigkeit H. H. Schmidt erschienen, um die vorhandenen Ausführungen unseres Gauleiters Kollegen Luther-Wandeburg, der über „Reichsstatist für Briefumschlagfabriken“ sprach, zu hören. In der ihm eigenen, für jedermann verständlichen Art und Weise, hatte Kollege Luther es verstanden, sich in die Herzen der Zuhörer hineinzureden und so ist es ihm zu danken, daß täglich Neuaufnahmen für unsere Organisation zu verzeichnen sind. Als dann Kollege Esch, an Hand eines Entwurfs des Reichsstatist für Briefumschlagfabriken, den anwesenden Kollegen und Kolleginnen der Briefumschlagfabriken einen Vergleich zwischen den jetzt bestehenden und den bei Annahme des Reichsstatist zu erwartenden, wesentlich günstigeren Lohn- und Arbeitsverhältnissen aufstellte, war es interessant, die Spannung zu betrachten, welche sich auf den Gesichtern ausdrückte und deren Fund tat, daß es bisher noch möglich war, für solche Schlußfolgerungen zu arbeiten. In der anschließenden Diskussion ließ es sich unser Vorsitzender, Kollege Müller, besonders angelegen sein, die uns noch fernstehenden zum Anschluß an die Organisation zu bewegen. Am Schlusse der Versammlung hatten wir 83 Neuaufnahmen zu verzeichnen und mit dem heutigen Tage haben wir bereits unser erstes Hundert überschritten. Hoffen wir, daß es uns weiter gelingen möge, die noch Säumigen für unsere Sache zu gewinnen.

Und Gau 9. In der am 11. Mai in Erfurt tagenden Versammlung der Vorstände und Vertrauensleute des Gaus 9 wurde über die Schaffung eines einheitlichen Tarifs für Thüringen beraten. Da ist es wohl von Interesse, einmal etwas von den Lebensverhältnissen, hauptsächlich von den Wohnverhältnissen der höheren Orte des Thüringer Waldes, zu sagen. Die Hauptindustrie dieser Orte besteht in Glas- und Christbaumindustrie, Glasperlen, Porzellan- und Spielwarenindustrie. Dabei ist auch unser Vorschlag zur Beseitigung von Packungs- und Spielwaren-Laxationen zu erwähnen. Die Löhne vor dem Kriege schwankten bei den Arbeiterinnen zwischen 4, 8, 10 bis 12 M., bei den Arbeitern von 10, 12, 14, 16 bis 18 M. pro Woche. Diese Arbeiterbevölkerung muß sich ihren Lebensunterhalt dem kargen vegetationslosen Grund und Boden in Tage und Nächte opfernder Arbeit selbst abringen. Ich habe mich gelegentlich einer Exkursionsreise überzeugen können, daß die Wohnverhältnisse sehr ärmlich waren, daß die nebenan stehende Dornhecke eines Hackschnittens mit einem freundlicheren Anblick gewährte. Was mir noch auffallen erwidert, ist, daß ich öfter geistig frische, ideologisch trumpsinnige Menschen sah. Wenn hierüber eine Statistik aufgenommen würde, dürfte in dieser Hinsicht ein hoher Prozentsatz gefunden werden. Diese Erscheinungen sind wohl auch auf die kargen Löhne und Arbeitsverhältnisse zurückzuführen.

Die in der eingangs erwähnten Versammlung antretenden Vertreter der Gauhäufigsten brachten in ihren Reden einmütig vor, daß die Lohnverhältnisse in Thüringen noch so niedere seien, der Lebensunterhalt aber ein ebenso schwerer wie in den Großstädten und anderswo wäre. Trotzdem stehen wir mit unseren Löhnen noch weit hinter den der Großstadtarbeiter zurück. Hier muß den Thüringer Unternehmern klar gemacht werden, daß die besseren Löhne der Großstadtarbeiter die dortigen Unternehmer nicht aus ihrer Laide bezaubern, sondern daß sie von den Käufern der Waren getragen werden. Wenn wir nicht weiter zu Lohnkämpfen veranlaßt werden sollen, dann muß eine dementsprechende Lohnaufbesserung von den Thüringer Buchbinderei- und Kartonnagenfabrikanten energisch gefordert werden. Kollege Wachner-Weipzig leitete der Versammlung einen von Erfurter Kollegen und Unternehmern angenommenen Tarif vor. Von den meisten Sachverständigern wurde die Annahme des Dresdener Tarifs gefordert, die Abstimmung ergab jedoch die Annahme des Erfurter Tarifs. Mit der Annahme des Dresdener Tarifs wäre gerade den kleinen Unternehmern, soweit sie selbst beschäftigt sind, besser gedient gewesen, indem sie durch die besseren Löhne eher konkurrenzfähig sein würden. Das wird so recht bezeugt durch die Zustände im Sonneberger sowie im Gothaer Gebiet. Da ist es gerade der Sonneberger Tarif, welcher einer gründlichen Aufbesserung bedarf, der für Kartonnagenarbeiterinnen Löhne von 10 bis 27,50 M., und für Kartonnagenarbeiter von 22 bis 48 M., bei 58 M. für Spezialarbeiter enthält. Löhne, wie diese, wurden schon vor dem Kriege und an manchen Orten noch bessere gezahlt. Die Thüringer Unternehmern haben denn auch die Nachgiebigkeit dieser Versammlung zu benutzen verstanden. Am 18. Mai den Sachverständigen der von den Thüringer Kartonnagenfabrikanten bewilligte Tarif ausgedrückt wurde, waren alle Kollegen und Kolleginnen einträglich, daß dieser Tarif in seinen Positionen pro

Woche 10 M. weniger enthält als der und in Erfurt vorgelegt. Daß wir einen solchen Tarif nicht billigen können, ist und allen klar. Mögen die Thüringer Kartonnagenfabrikanten für einen derartigen Lohn ihre Waren selbst anfertigen, wir müssen für unsere Arbeit einen der Zeit entsprechenden Lohn fordern.

Rundschau.

Dr. G. J. Der Zweigleitswert des Gewerkschaftsgedankens. Das ganze Sein der Natur besteht aus Kampf und Ölle, aus Daseinskampf und Zusammenschluß. Schon in der primitivsten Natur finden wir diese gegenseitige Hilfe, dieses Zusammenwirken von Tier und Tier, Tier und Pflanze, Tier und Mensch und je vollkommener diese Lebenskreise sind, je geschlossener sie auftreten und je mehr sie zusammenwirken mit anderen Kreisen des Zusammenlebens, um so höher ist die Entwicklung gestiegen. Sie ist begründet auf den Kampf der Organisationen im Sinne eines einheitlichen Entwicklungszieles. Würden die Organisationen ohne das Einheitsziel sein, sie würden ausarten zu egoistischen Trieben und ebenso würde die Einheit niemals etwas Volles, Geschlossenes, Festgefühtes, Lebendiges werden, wenn sie nicht gebildet würde von selbständigen, freistrebenden Organisationen.

In unseren gewerkschaftlichen Verbänden haben wir einen solchen Zusammenschluß freien Ringens im Sinne eines Entwicklungszieles und darum kann der, der entwicklungsgerichtet zu denken versteht, gar nicht daran zweifeln, daß unser Verband, daß der gewerkschaftliche Gedanke seine entwicklungsgerichtete Bedeutung ewig behalten wird. Und wenn die Welt noch so vollkommen wird, gerade dann ist der sprudelnde Quell des Organisationslebens nötig, der ihr immer wieder neues Leben gibt, damit der ganze Lebensstrom nicht verjandet in einem allgemeinen unpernischen Sumpfe des Stillstands.

Die Entwicklung kennt keine Grenze, kein Ziel. Wenn die Stufe erreicht, die wir in unseren kühnsten Träumen herbeigeführt, dann bieten sich dem kommenden Menschen wieder neue Höhen. Vorwärts, aufwärts, höher hinauf bleibt ewig der Entwicklungstrieb, und das freie Ringen der organisatorischen Zusammenschlüsse freier Menschen allein ist die treibende Kraft, die die Menschheit immer weiter hinaufführt zu immer sonnigeren Höhen ewiger Menschlichkeit.

Abrechnung

vom Streik der Werkhabe Sala in Berlin.

Einnahme:

	M.
Zentralkassa	4831,85
Kassakasse	2887,55
Summa	7719,40

Ausgabe:

	Zentralkassa	Kassakasse
	M.	M.
Am 9 verheiratete Kollegen	1698,96	388,00
Am 8 ledige Kollegen	205,80	164,05
Am 47 Kollegeninnen	2744,06	1120,50
Unterstützung für 16 Kinder	183,06	—
Streitleitung	—	98,00
Wiederschuldigungen	—	715,00
Mai-Unterstützungen	—	175,00
Summa	4831,85	2667,55

Franz Gytomski, Kassierer.

Die Revisoren:
Franz Macai, A. Klingebell.

Berichtigung.

Nach dem Bericht vom Gantag des Gaus 14/15 soll ich dort gesagt haben (S. 92):

Er kritisiert scharf das Verhalten des Verbandsvorstandes, der der Polizei von Düsseldorf Kenntnis von einem Flugblatt der U. S. P. gegeben haben soll usw.

Diese Wiedergabe meiner Ausführungen ist nicht richtig. Ausgeführt habe ich, daß das Verhalten des Verbandsvorstandes zu beurteilen sei. Ich erinnerte da an Düsseldorf, wo unsere Kollegen Flugblätter der „Suchbinder-Zeitung“ beigelegt haben, worauf Kollege Bloth dieses in der Zeitung in einem Artikel kritisierte und dadurch die Polizei in Düsseldorf auf seine eigenen Kollegen aufmerksam gemacht habe. Etwas anderes habe ich nicht gesagt. Der Schriftführer des Gantages hat meinen Ausführungen einen ganz anderen Sinn beigelegt. Danach würde Kollege Bloth als Spitzel bezeichnet sein, was aber nicht der Fall ist.

Es kann daher keine Rede davon sein, daß Kollege Bloth die Polizei in Düsseldorf auf einen Flugblatt aufmerksam gemacht hat.

A. Kleinfuchs-Heilbronn.

Ann. d. Red.: Diese Berichtigung mildert wohl das im Bericht des Gantages Gesagte etwas, im Wesen aber bleiben sich beide Äußerungen gleich. Wir verweisen deshalb unsere Mitglieder auf die Nr. 83 vom Jahre 1916, in der im Versammlungsbericht unter „Düsseldorf“ und in der redaktionellen Anmerkung zu demselben nachgesehen werden kann, was Kollege Kleinfuchs mit seinen Ausführungen meint. Man wird da finden, daß die Auslegung, die Kollege Kleinfuchs der redaktionellen Anmerkung gab, nur als berechtigt angesehen werden kann, wenn man seinen lieben Mitmenschen unter allen Umständen die schwärzesten Verwicklungen nachsehen will. So aber sollte man nicht handeln. Auf gutem Glauben hat doch ein jeder Anspruch. Wir sehen darum die Ausführungen Kleinfuchts als weit über das Ziel schießend an.

Literarisches.

Annahmen über Wölchken? Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede. Mit Beiträgen von Neustky, Graf, Wallod, Stein, Gilsberg und Graf. Preis 50 Pf. Verlag der „Freiheit“, Berlin N.W. 6.

Zur Vermählung unserer Kollegen Stamms Jändler mit Herrn Ernst Hofmann die herzlichsten Glückwünsche.
Dahlecke Zwiden.

Klebermehl
verlebrt, an Selbstverbraucher in großen und kleinen Pösten abzugeben.
Albert Eisig, Heilbronn a. N.

Gesucht wird
Müchtiger Glaserarbeiter.
Zu wenden an W. Pfeifers Glaserfabrik, Roppenhagen K., Pilestraße 29/31.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder.
Verwaltungsstelle Hamburg.

Sonnabend, den 14. Juni, abends 1/2 8 Uhr im Gewerkschaftsband 3, 1. Eingang durchs Restaurant
Hauptversammlung
mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Aufstellung eines Delegierten zur Generalversammlung in Hannover. 4. Stellung von Anträgen.
Um zahlreichen Besuch bittet
Die Ortsverwaltung.

Gebrauchte Kreislöhre
mit Nig- oder Mispfortrichtung zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis, Alter, System und Arbeitsbreite an
Wolter u. Krinner,
Kartonnagenfabrik, Köln-Rhein,
am Duffelsbach 18.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel
kleben nur noch mit

Wiril Klebstoffen
(D. R. P. a.)
Glänzende Begutachtungen.
Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc.
Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten.
Chemisch-technische Werke Willybald Richter
Leipzig, Querstrasse 4-6, Telefon 3049.
Telegramm-Adresse: Wirilwerke.
Zur Messe: Leipzig, Zeisighaus, I. Obergeschoß Stand 74-76.
Deutsche Schuh- und Leder-Messe, Leipzig, Halle D, Stand 310/11.

Anzeigen finden nur Aufnahme, wenn der Betrag eingezahlt ist.